



Sinneswandel

Globale Zwiste um Jerusalem und Teheran

Täglich bereisen eine Viertelmillion Menschen die New Yorker Port Authority – Knoten hunderter Buslinien und U-Bahnen. Der Jihadist Akayed Ullah verfehlte es im Berufsverkehr am Morgen des 11. Dezember, die Bombe "für den Islamstaat" ganz zu zünden. Er verletzte vor allem sich im Tunnel zum Time Square beim zweiten Angriff auf New York in sechs Wochen durch Einwanderer aus Bangladesch und Usbekistan. Präsident Trump will Lotterie- und Ketten-Immigration beenden. Nach Fähigkeiten soll es gehen. Seine Reisesperre gilt völlig, vom Oberstem Gericht bestätigt, seit Freitag, 8. Dezember, für Tschad, Iran, Libyen, Nordkorea, Somalia und Jemen. Er mag dies ausweiten.



Foto W.G. Schwanitz

An jenem Freitag sammelten sich Studenten im Time Square gegen Trumps Beschluss zu Jerusalem als Hauptstadt Israels. Sie skandierten arabisch Schlachtrufe "Khaibar" (einst Jihad gegen diese jüdische Oase) und dass die Armee des Islam wiederkehre. Eine Intifada-Erhebung wäre die einzige Lösung des israelisch-palästinensischen Zwists. Mit Geist und Blut erlöse man die al-Aqsa-Moschee des Tempelbergs in allein einem Land, wie vor 1948.

Ostjerusalem als die Hauptstadt "des okkupierten Palästinas anzuerkennen", verfügten in Istanbul am 13. Dezember Vertreter aus 57 Ländern der Organisation für Islamische Kooperation, OIC. Mahmud Abbas erklärte, Trump verwirke jede Rolle im Friedensprozess. Er beharrte wie 1980, "Ostjerusalem ist Palästinas Hauptstadt". Als laut UN-Teilungsplan 1947 Jerusalem internationale Enklave sein sollte, lehnten dies Islamländer ab. Weder UN noch Kreml ersetzen 70 Jahre später Amerika. Also jene Appelle verfehlen, beflügeln Idole der Beseitigung Israels, wie es Teheran durch Palästinenser-Bewaffnung und Sturm auf Jerusalem seit 2015 anstrebt. Saudis, Emiratis, Bahrainis und Ägypter neigen eher Israel zu. Zum Schock geriet Irans Rakete vom 4. November aus Jemen auf den Flughafen ar-Riyad.

Freilich ändern sich Israelis und Amerikaner. Parlamentarier beider Seiten stimmten am 15. November Paradigmen zu: Israel sei das Heimatland des jüdischen Volks; der israelisch-palästinensische Konflikt sei vor allem ideologischer, nicht territorialer Natur; dessen Regelung behindere eine 100jährige palästinensische Rejektion des Rechts auf Selbstbestimmung für das jüdische Volk; Landkonzessionen brachten nicht Frieden, sondern mehr Terror; nur die palästinensische Anerkennung des historischen Nexus vom jüdischen Volk mit dem Land Israel und Israels als jüdischen und demokratischen Staat würden den Konflikt beenden; Israel sollte dafür alle Mittel auf der Basis humanitärer Normen nutzen; eine wirksame Achse Israel-Amerika mag dies bestärken. Hilft die Welt in dem Sinneswandel?

Kaum, Präsident Erdoğan versucht, Amerikas Jerusalem-Aktion "annullieren" zu lassen. Erhalte er im UN-Sicherheitsrat dazu ein Veto, sagte er am 15. Dezember, versuche er es in der Vollversammlung. Aber selbst wenn er Stimmen erhält, können diese doch nicht das souveräne Amerika aufheben. Waren es seit 1948 oft Nachbarn, die Kriege gegen Israel suchten, verloren und die Palästinenser benutzten, so änderte sich das. Iran und die Türkei übernehmen dies, helfen aber nicht im Sinneswandel zu realistischen Initiativen mit Israel.

Quotenregelung

Wie überall, trugen Oppositionelle ihre Wut auf die Straße, am 16. Dezember in Frankfurt-Main. Anders als in Amerika, das seine Türen für Immigration aus sechs Ländern schloss und zum tiefen Sicherheitscheck von Immigranten übergeht, sind Europas Tore – weniger bei den Briten und Anderen – offen. Angeblich kommen sechs Millionen auf Europa zu.

EU-Ratspräsident Tusk nannte in seinem Arbeitspapier die Umverteilung von Flüchtlingen über ein Quotensystem ineffektiv und höchst umstritten. Dies sei spaltend und Lösungen der Migrationspolitik könnten nur die Einzelstaaten selbst finden. Zurück zum Nationalstaat? Polen, Tschechien und Ungarn lehnen den EU-Beschluss - sie werden verklagt - vom September 2015 ab, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Quotenregelung zu 120.000 Asylananten scheiterte, verteilt wurden nur 32.000 Personen. Ein neuer Ansatz soll 2018 folgen.

Deutsch-Werden

In Debatten nach der Bundestagswahl fiel die Mainzer Rede von Präsident Steinmeier am 3. Oktober zur Einheit auf. Zwar will er Israel bewahren, aber nicht Jerusalem anerkennen.

Sinngemäß Bundespräsident Steinmeier zum Deutsch-Sein/-Werden, Mainz 3. Oktober 2017

Er beklagte unsichtbare Mauern zu Flucht und Migration. Flucht aus politischer Verfolgung und wirtschaftlicher Not seien zu trennen. Beide begründeten nicht den gleichen unlimitierten Anspruch in der Verfassung. Zu klären sei, welche und wie viel Zuwanderung wir wollen oder brauchen. Der legale Zugang sei zu definieren, der Migration nach unseren Maßgaben kontrolliert und steuert. Zum Deutsch-Werden für Neue zählt: Sprache lernen; Grundgesetz, gemeinsame Überzeugungen wie Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Verfassung, Gleichberechtigung von Mann und Frau. All dies stehe nicht zur Disposition. Die Lehren zweier Weltkriege, aus dem Holocaust, die Absage an jedes völkische Denken, an Rassismus und Antisemitismus, die Verantwortung für die Sicherheit Israels – all das gehöre zum Deutsch-Sein dazu; wie zum Deutsch-Werden diese Geschichte anzunehmen [ein Kulturvektor], ob nun für die aus Osteuropa, Afrika oder islamischen Regionen Mittelosts. Wer in Deutschland seine Heimat sucht, kann nicht sagen: "Das ist **Eure Geschichte**, nicht meine".

Das ist trefflicher als Merkels "Was ist **deutsch**?" Dies kommt spät, erwartet von Neuen, sich filigrane europäische Rationalitäten zu erarbeiten. Solche **Kulturvektoren** reifen nicht in **Integrationskursen**. Manche blockieren sie aus **Glaubenskulturen**. Das ideologische Nein sollte zuvor ermittelt werden. Nur jene dürften hinzukommen, die sich demokratisch einbringen möchten. Sonst wird das Land zerrissen, das Verbrennen von Fahnen war dann nur ein Start gewaltsamer **Konflikte** aus Mittelost, die eben Deutschland dramatisch verändern.

Was um Jerusalem läuft, hat denselben Problemgrund und demokratische Kulturvektoren wie Steinmeiers offene Integrationsaufgabe: wer positiv will, schafft es, wer dies ablehnt, hat andere Ideen und Ziele. **Berlin** manövrierte Bürger in arge Klemmen. Es möchte Lehren aus der Geschichte ziehen, aber erweitert dauernd die Basis jener, die dies nicht tun, wollen oder können. Reden in den Wind. Helfen dazu Realitätssinn und ein **Einwanderungsgesetz**?

Steinmeier meinte zu "70 Jahre Staatsgründung Israels" am 15. Dezember, Antisemitismus sei nicht überwunden, zeige sein böses Gesicht auch beim Verbrennen der israelischen Fahnen. Dass aber die einseitige Anerkennung Jerusalems einen Beitrag zum friedlicheren Mittelost leiste, bezweifelte er. Jedoch rechtfertige das keinen Hass gegen Israel und keine Herabwürdigung jüdischer Bürger auf Deutschlands Straßen. Diese Verantwortung kenne keine Schlussstriche für Nachgeborene, keine Ausnahme für die Zuwanderer. Wie kann er ihnen das Deutsch-Werden verordnen, aber gegen die Anerkennung Jerusalems sein? Was, wenn derselbe Rejektionismus wirkt wie in 100 Jerusalemer Jahren? Könnte Frank-Walter Steinmeier seinen **Spagat** prüfen, fördert er mit seiner Ansicht zu Jerusalem das, was er für Deutschland ablehnt, wo heute ein Fünftel – 18,6 Millionen – einen Migrationshintergrund haben?

Wolfgang G. Schwanitz